

Merl, Stephan: *Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich*. Göttingen: Wallstein Verlag 2012. ISBN: 978-3-8353-1153-4; 184 S.

Rezensiert von: Fabian Thunemann, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Seit Menschen über Politik nachdenken, sind sie von dem Umstand fasziniert, dass Minderheiten erfolgreich Macht über Mehrheiten behaupten können. Auch wenn die relative Leistungsfähigkeit asymmetrischer Machtverhältnisse angesichts ihrer stets möglichen Auswüchse gerade in der Zeitgeschichte häufig Anlass hitziger Kontroversen war, änderte dies nichts an ihrem geradezu allegorischen Status. So zielt auch Stephan Merl in seiner als Essay angelegten Studie entschieden nicht auf die unleugbare Gewaltdimension diktatorischer Herrschaft ab – vielmehr sucht er nach den Gründen ihrer erstaunlichen Beständigkeit. Vor diesem Hintergrund geht er von einer „beträchtliche[n] Bereitschaft“ aus, die Diktaturen in Deutschland und der Sowjetunion „entweder aktiv zu unterstützen oder als ›schweigende Mehrheit‹ zu dulden“ (S. 8). Mit seinem Fokus auf die Kommunikationsstruktur der Diktatur möchte Merl herrschaftspolitische Anpassungsmechanismen unter Stalin und Hitler, des DDR-Staats und der Sowjetunion nach Stalins Tod verdeutlichen und klären, wie die Diktaturen „jenseits ihrer Selbstdarstellung funktionierten.“ (S. 10) Damit entbindet er sich abstrakter und oft ermüdender Definitionsdebatten und argumentiert stattdessen direkt für die These, dass es den Diktaturen nach einer gewaltsamen Etablierungsphase gelungen sei, „ihre Herrschaft zu festigen und die Ineffizienz ihrer Organisationsform zu überspielen.“ (S. 15f.).

Der schwer fassbaren und stets ambivalenten Partizipation in der Diktatur geht Merl in fünf Kapiteln (neben Einleitung und einem knappen Resümee) nach und liefert damit eine Geschichte, die gerade nicht auf die erratische Teilung zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘ abhebt, sondern für die vertikalen Spielräume diktatorischer Herrschaft sensibilisiert. Zwar blieben diese Spielräume stets begrenzt, den-

noch war es – so Merl – für den Bestand der Diktatur entscheidend, die Beherrschten in einen Kommunikationsprozess mit den Herrschenden zu verwickeln: „Die kommunikative Strategie der Diktatur verzichtete in der Regel darauf, dass der Einzelne seine ideologische Überzeugung unter Beweis stellen musste. Zur Inklusion reichte es hin, darauf zu verzichten, dem Diktator zu widersprechen, und dies durch die Teilnahme an den Ritualen immer neu zu bekräftigen.“ (S. 168) Daraus lässt sich schließlich ableiten, dass eine erfolgreiche Vermarktung von Scheinpartizipation für den Bestand aller betrachteten Diktaturen wesentlich war (etwa S. 138f.).

Der Paternalismus ist und war ein entscheidendes Signum der Diktatur. Zu ihm gehört die beinahe gleichnishafte Empörung, die sich in der Sentenz, ›wenn das der Führer wüsste‹, vielfach – und gerade nicht ironisch gewendet – zu entladen pflegte. Viele Menschen gingen offenbar der staatlich forcierten Illusion auf den Leim, dass nicht nur die Beherrschten, sondern gerade auch die Führer selbst Opfer unfähiger Lakaien des Systems seien und deshalb aufrichtiger Zuschriften umso dringlicher bedürften. Dadurch wurde der Kommunikationsfluss zwischen den Führern und ihren Untertanen gesichert und machtstabilisierende Bündnisse im Kampf gegen vermeintlich widerspenstige Feinde begründet. In Zahlen: „Auf das Jahr gerechnet, verfassten in allen betrachteten Diktaturen jährlich etwa zwei Prozent der Bevölkerung Briefe an das Regime.“ (S. 87) Aufschlussreich ist diesbezüglich ein Archivadokument aus dem Frühjahr 1919, in dem eine gewisse Anastasija Debtor einen führenden Mitarbeiter im Rat der Volkskommissare explizit zur Wiedereinrichtung der Mitte des 16. Jahrhunderts unter Ivan IV., dem Schrecklichen, eingerichteten Bittschriftenkanzlei anrief. Der Verweis auf die zaristische Tradition wurde in diesem Falle gerade nicht als ungeschickte Vermischung einer als überlebt geltenden Herrschaftsform mit der neuen Republik des Lichts verstanden, sondern war im Gegenteil insofern erfolgreich, als sich eine Antwort mit dem Hinweis auf die Einrichtung eines Beschwerdebüros erhalten hat.¹

¹ Vgl. dazu A. J. Liwschin / I. B. Orlov (Hrsg.), *Pisma wo vlast. 1917–1927*, Sajawlenija, schaloby, donosy,

Der Mangel an Wahlmöglichkeiten begünstigte die Komplizenschaft mit dem System und brachte sich vielfach als „systemstabilisierende Schuldzuweisung“ (S. 91) zum Ausdruck. Dem Heilsversprechen standen also nicht allein Feinde entgegen, die es zu eliminieren galt, sondern das System verlangte geradezu nach dem gemeinschaftlich begangenen Verbrechen. So stellten die Diktaturen durch Rituale, „an denen die gesamte inkludierte Bevölkerung teilzunehmen hatte“, die Bewahrung kollektiver Identität sicher und konnten „wie Religionsgemeinschaften ein zeitweiliges Ausbrechen in Formen ›karnevalesken‹ Verhaltens zulassen und daraus Dauerhaftigkeit erlangen.“ (S. 163f.) Die Elemente, die Merl zufolge den betrachteten Diktaturen Stabilität verliehen, waren jedoch zugleich auch ihre belastendste Hypothek. So schien zwar der Sieg über den Faschismus in Europa zunächst für die Utopie der Gleichheit zu sprechen. Allerdings geriet das irisierende Versprechen ins Wanken, als sich seine Verkünder auf allzu konkrete Zusagen gegenüber ihren Untertanen einließen. Somit gefährdeten die Geheimrede Chruschtschows, das Konsumversprechen und vor allem auch die Ankündigung über den bevorstehenden Kommunismus den verankerten Paternalismus (bes. S. 114–120).

Schließlich ging Gorbatschow noch einen Schritt weiter, als er den Weg zur Utopie nicht mehr allein dem Kompetenzbereich der Staatsführer vorbehielt und stattdessen im Jahre 1986 die Bevölkerung aufforderte, „öffentlich zu diskutieren, wie der Kommunismus erreicht werden könne und welche Fehler bei dieser Aufgabe zuvor gemacht worden waren.“ (S. 145) Damit hatten sich die Lenker des utopischen Staates selbst entblößt. In den folgenden Monaten entglitt der Führung zusehends der bisher relativ erfolgreich gesteuerte Kommunikationsprozess. Während zuvor die Stabilität der Diktatur darin bestanden hatte, die Kommunikation vertikal zu lenken, wurde sie nun um den horizontalen Austausch der Bevölkerung untereinander erweitert. In „diesem Prozess verlor die Bevölkerung den Glauben an den gerechten Herrscher und das Vertrauen in die Führung [...]“ (S. 150). Was als radikaler Politikwandel zum Wohle des Staates beabsichtigt war,

kehrte sich alsbald in sein Gegenteil und griff auf die Bruderländer über. Damit setzt Stephan Merl den Zusammenbruch der DDR in den angemessenen Kontext und rüttelt unaufgeregt an inzwischen etablierten nationalromantischen Mythen. So wurde die Entzauberung des kommunistischen Paradiesversprechens nicht so sehr durch die demonstrative Freiheitsliebe der Menschen entschieden; vielmehr mussten die Blockstaaten schmerzlich erfahren, dass der Wahlspruch, von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen, auch unter verändertem Vorzeichen seine Gültigkeit behielt.

HistLit 2014-1-088 / Fabian Thunemann über Merl, Stephan: *Politische Kommunikation in der Diktatur. Deutschland und die Sowjetunion im Vergleich*. Göttingen 2012, in: H-Soz-Kult 05.02.2014.

pisma v gosudarstvennyye struktury i bolshevistskim voschdjam, Moskva 1998, S. 104–106.